



Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete  
Groupement suisse pour les régions de montagne  
Gruppo svizzero per le regioni di montagna  
Gruppa svizra per las regiuns da muntogna

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, Postfach, 3001 Bern

Bundesamt für Kommunikation  
Zukunftsstrasse 44

2503 Biel

[tp-secretariat@bakom.admin.ch](mailto:tp-secretariat@bakom.admin.ch)

Bern, 1. Dezember 2023  
TE / I 65

## **Stellungnahme der SAB zur Verordnung über Fernmeldedienste (Härtung der Mobilfunknetze gegen Störungen der Stromversorgung)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu randvermerktem Geschäft. Die SAB vertritt die Interessen der Berggebiete und ländlichen Räume in den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen. Mitglieder der SAB sind 22 Kantone, rund 600 Gemeinden sowie zahlreiche Organisationen und Einzelmitglieder.

Die SAB hat bereits im Jahr 2022 im Rahmen der Vernehmlassung zu den dringlichen Massnahmen im Falle einer Strommangellage darauf hingewiesen, dass der Telekommunikation in Krisenlagen eine besondere Bedeutung zukommt und die Mobilfunkkommunikation auch bei Engpässen und Kontingentierungen unbedingt aufrechterhalten bleiben muss. Die SAB begrüsst insofern grundsätzlich, dass nun eine spezifische Verordnung für den Bereich des Mobilfunkes erarbeitet wurde. Im Krisenfall essenziell ist, dass die Notrufdienste sowie Sprachverbindungen und der Internetzugang immer gewährleistet bleiben. Sprachverbindungen sind unerlässlich für die Kontaktaufnahme. Internetverbindungen sind ebenso unerlässlich, sei es z.B. nur schon für den Zugriff auf Adressverzeichnisse, die ja heute nicht mehr physisch verfügbar sind. Ebenso muss die Übermittlung von Bildmaterial gewährleistet sein, beispielsweise für die Beurteilung von Schadensereignissen oder die Lokalisierung von Ereignissen. Zu den essenziellen Diensten gehören auch Anwendungen wie E-Health, die jederzeit gewährleistet sein müssen und eine entsprechende Bandbreite erfordern. Hingegen teilen wir die Auffassung des Bundesrates, dass z.B. Streamingdienste, die eine hohe Bandbreite und einen hohen Stromverbrauch erfordern, bei einer Mangellage eingeschränkt werden können.

Zur Überbrückung einer Strommangellage sieht die Verordnung den Einsatz von Dieselgeneratoren vor. Gemäss Verordnungsentwurf müssten bis zu 10'000 Dieselgeneratoren beschafft werden. Die entsprechenden Kosten werden auf rund 130 Mio. Fr. pro Jahr geschätzt (ohne Krise). Im Fall einer Krise kämen nochmals rund 15 Mio. Fr. dazu. Diese hohen Kosten sollen auf die Kundinnen und Kunden über die Abo-Gebühren abgewälzt werden, was einen Zuschlag von geschätzten 1,50 Fr. pro Abo und Monat ausmachen würde. Wir erachten dies als nicht umsetzbar. Die Eintretenswahrscheinlichkeit eines vollständigen und landesweiten Blackouts ist eher gering. Die Stromversorgung funktioniert sehr dezentral mit den hunderten von EVU's. Zudem kommen immer mehr dezentrale Stromproduktionsanlagen dazu mit Kleinwasserkraft-, Solar- und Windkraftanlagen. Wir bitten deshalb den Bundesrat, die Sicherstellung der Versorgung der Mobilfunkanlagen zusammen mit der Branche nochmals zu prüfen. Denkbar wären etwa der Einsatz mobiler Dieselgeneratoren oder der Einsatz von Batterien, wobei auch noch leistungsfähige Elektrobatterien von ausrangierten E-Autos zum Einsatz kommen könnten.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

**SCHWEIZERISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT  
FÜR DIE BERGGEBIETE (SAB)**

Die Präsidentin:

Der Direktor:

Christine Bulliard-Marbach  
Nationalrätin

Thomas Egger

**Résumé**

Le SAB - Groupement suisse pour les régions de montagne - soutient globalement le renforcement du réseau mobile en cas de panne de courant, par le biais de l'ordonnance sur les services de télécommunication. En cas de crise, il est essentiel que les appels d'urgence, les communications vocales et l'accès à Internet soient garantis. En revanche, nous partageons l'avis du Conseil fédéral, selon lequel les services de streaming, par exemple, qui nécessitent une bande passante et une consommation d'électricité élevée, puissent être limités en cas de pénurie. Enfin, nous demandons au Conseil fédéral de réexaminer la question de l'approvisionnement des stations de téléphonie mobile, en collaboration avec les acteurs de ce secteur.